

In Solothurn heisst es vier für drei

Noch einmal Wahltag: Am 18. Mai sind die Amtsgerichtspräsidien neu zu besetzen.

Urs Moser

Längst nicht in allen Gemeinden finden in einer Woche Gemeinderatswahlen statt. Es ist zunehmend schwierig, überhaupt genügend Leute zu finden, die sich für ein Amt engagieren wollen. Wo nicht mehr Kandidatinnen und Kandidaten zur Verfügung stehen, als Sitze zu besetzen sind, ist der Gemeinderat bereits bestimmt. Stille Wahl nennt sich das, eine effektive Wahl findet nicht statt.

Der Gemeinderat, die Dorfregierung quasi, wird mittlerweile in gegen 50 von 106 Solothurner Gemeinden so eingesetzt. Trotzdem sind alle Stimmberechtigten im Kanton am 18. Mai nach den Kantons- und Regierungsratswahlen noch einmal für Wahlen an die Urne gerufen. Neu zu bestimmen beziehungsweise für eine neue Legislatur im Amt zu bestätigen sind die Amtsgerichtspräsidentinnen und Amtsgerichtspräsidenten, zwölf an der Zahl.

Für diese Wahlen gelten besondere Regeln. Wo keine Vakanz zu besetzen ist, können zwar keine Gegenkandidaturen aufgestellt werden, um einen amtierenden Amtsgerichtspräsidenten oder eine Amtsgerichtspräsidentin herauszufordern, aber es gibt auch keine «stille» Wahl. Die Bevölkerung ist aufgerufen, ihre Richter mit aktiver Stimmabgabe im Amt zu bestätigen. Eine Art Kompromiss. Das Verbot von Kampfkandidaturen gegen amtierende Richter soll der Wahrung der Unabhängigkeit der Justiz dienen. Die Amtsgerichtspräsidenten sollen nicht einem permanenten Wahl- druck ausgesetzt sein, anderseits aber – einmal gewählt – ihr Amt auch nicht auf Lebenszeit beziehungsweise bis zur Pensionierung garantiert haben. Im Solothurner Wahlsystem, wo die leeren Stimmen für das absolute Mehr bei Majorzwahl



Der Sitz des Amtsgerichts Solothurn-Lebern in Solothurn: Hier werden künftig vier Gerichtspräsidentinnen walten.

Bild: Oliver Menge

len mitzählen, können sie theoretisch abgewählt werden.

Kampfwahl in Solothurn-Lebern

Zu einer echten Kampfwahl um das Gerichtspräsidium kommt es dieses Jahr in der Amtei Solothurn-Lebern. Die Ausgangslage ist hier etwas speziell. Amtsgerichtspräsident Yves Derendinger wurde vom Regierungsrat zum neuen Staatsschreiber gewählt und ist zu ersetzen. Zu wählen ist aber nicht eine Nachfolgerin oder Nachfolger, sondern zwei.

Das Amtsgericht Solothurn-Lebern wird nicht aufgestockt, aber man will hier zum ersten

Mal die neue Möglichkeit des Gerichtspräsidiums im Jobsharing nutzen. Die bisherigen Amtsgerichtspräsidentinnen Lea Gerber (SP) und Nicole Mattiello (Mitte) reduzieren ihr Pensum auf 80 Prozent, um die Nachfolge von Yves Derendinger (FDP) bewerben sich drei Kandidatinnen für zwei 70-Prozent-Pensen: Madeleine Hasler-Thalmann (FDP), Frida Jelena Rüedi (SP) und Lee Zürcher (Mitte).

Eine Überbrückungslösung ist aufgegleist

Zu denken gibt der Wahltermin. Yves Derendinger tritt die Nachfolge von Staatsschreiber Andreas Eng formell am 1. August

an, wechselt aber bereits auf 1. Juli in die Staatskanzlei. Seine Nachfolgerinnen am Amtsgericht werden ihre Stelle bei einer Wahl am 18. Mai und dreimonatiger Kündigungsfrist aber erst im September antreten können, sollte es zu einem zweiten Wahlgang kommen, noch später. Kann man sich eine solche Vakanz leisten, wo die Gerichte doch im Kampf gegen den Pendenzenberg notorisch am Anschlag sind? Hat man da bei der Ansetzung des Wahltermins etwas verpennt?

Yves Derendinger (bis Ende April auch Geschäftsleiter des Amtsgerichts) gibt Entwarnung. Die Problematik habe man sehr

wohl erkannt. Brief und Siegel fehlen zwar noch, aber die Gerichtsverwaltungscommission (Aufsichtsbehörde über die Richterämter) hat grünes Licht gegeben für den in solchen Fällen zulässigen Einsatz einer nicht vom Volk gewählten, ausserordentlichen Gerichtstatthalterin.

Ein Geben und Nehmen auch in der Justiz

Ganz anders und doch ein bisschen ähnlich ist die Ausgangslage für die Wahlen am 18. Mai beim Amtsgericht Bucheggberg-Wasseramt. Nachdem vor vier Jahren aus Anwaltskreisen noch gegen ihn lobbyiert worden war,

dürfte die Bestätigungswahl von Amtsgerichtspräsident Jonathan Hadorn (SP) nun eher eine Formsache sein. Für die Nachfolge des in Pension gehenden zweiten Amtsgerichtspräsidenten Stefan Altermatt (FDP) stellt sich nur Simon Wiedmer (FDP) zur Wahl.

Die Frage ist nur auch hier: Kann er das Amt dann auch innert nützlicher Frist antreten – abgesehen davon, dass er natürlich zuerst einmal das absolute Mehr für die Wahl erreichen muss? Die Antwort: Zumindest dem Vernehmen nach sollte das kein Problem sein. Wiedmer ist als Gerichtsschreiber am Obergericht tätig. Es heisst, man würde ihn bei Bedarf auch vor Ablauf der ordentlichen Kündigungsfrist ziehen lassen.

Ein Oltner schafft den Sprung nach Solothurn

Höchstens ein im Vorfeld des Wahltermins nicht erkennbarer Volkeszorn auf die Rechtssprechung könnte in der Amtei Thal-Gäu zu Problemen führen: Als einziger Amtsgerichtspräsident stellt sich Guido Walser (FDP) zur Wiederwahl. Gleiche Ausgangslage in der Amtei Dorneck-Thierstein: Amtsgerichtspräsidentin Georgia Marcionelli Gysin (FDP) steht für eine weitere Amtsperiode zur Verfügung.

Ein kleines bisschen spezieller ist die Ausgangslage in der Amtei Olten-Gösgen. Es steht ebenfalls «nur» eine Bestätigungswahl der amtierenden vier Amtsgerichtspräsidenten an: Adnan Bergovic (parteilos), Ronny Rickli (SP), Claude Schibli (FDP) und Valentin Walker (parteilos).

Allerdings ist Claude Schibli im März bereits vom Kantonsrat zum Oberrichter gewählt worden und wird in Olten kurz nach der Wahl gleich wieder zu ersetzen sein. Es laufen Gespräche, wie eine längere Vakanz vermieden werden kann. Möglicherweise bleibt Schibli noch länger in Olten und tritt sein Amt als Oberrichter erst später an.

Wie gewonnen, so zerronnen

Solothurner Firmen meldeten 2024 deutlich weniger Patente an.

Daniela Deck

2023 hatten Firmen aus dem Kanton Solothurn beim Europäischen Patentamt 125 Patente angemeldet und damit im Vergleich zu 2022 um einen Drittel zugelegt. Doch letztes Jahr konnte der Wachstumskurs nicht fortgesetzt werden. Mit 95 Anmeldungen gab es 2024 einen Rückgang um ein Viertel. Das ist prozentual gesehen mit Abstand das grösste Minus der Kantone.

Zwei Firmen mit Solothurn-Bezug in den Top 30

Damit sank der Beitrag des Kantons an den Patentanmeldungen der Schweiz von 1,3 Prozent auf 1 Prozent. Mit die-

sem geringen Anteil an der Innovationskraft befindet sich Solothurn auf dem zweitletzten Platz, vor dem Jura.

Angesichts dieser Zahlen sei man zurückgerutscht auf das Niveau des Jahres 2022, konstatiert dazu auf Anfrage Monika Beck, Leiterin der Fachstelle Standortförderung und Aussenbeziehungen. Sie schreibt: «Im Gegensatz zu Kantonen wie Zürich, Aargau oder Basel hat der Kanton Solothurn weniger forschungsintensive Grossunternehmen, die regelmässig Innovationen patentieren.»

Eine entscheidende Rolle für die Konzentration der Patentanmeldungen auf die Region um den Genfersee, auf Basel und Zürich sieht Beck bei den Uni-

versitäten: «Diese Regionen bilden wichtige technologische Cluster. Solothurn hat keine vergleichbare Forschungseinrichtung mit technologischem Fokus, die regelmässig in Zusammenarbeit mit Unternehmen neue Patente generiert.»

Bei den Top 30 der landesweit grössten Anmelder sind zwei Firmen mit Bezug zum Kanton Solothurn verzeichnet: Auf Rang 7 die Swatch Group mit 221 Anmeldungen. Ypsomed mit 45 Anmeldungen teilt sich den Rang 26 mit Sulzer und Medmix Switzerland. Angeführt wird das Ranking des Europäischen Patentamts international von Samsung und Huawei, vier Schweizer Firmen schafften es in die Top 50.

«Das ist störend»

Grosse Gewinne mit pflegenden Angehörigen: Politik will umstrittenem Geschäftsmodell den Riegel schieben.

Raphael Karpf

Seit 2019 können sich pflegende Angehörige bei Spitex-Organisationen anstellen und für ihre Betreuungsleistungen bezahlen lassen. Abgerechnet wird, auch wenn die pflegenden Angehörigen selten Fachleute sind, gemäss offiziellen Spitex-Tarifen.

Private Spitex-Organisationen haben darin ein lukratives Geschäftsmodell entdeckt. Immer mehr solche Firmen werben um pflegende Angehörige. Denn die Organisationen verdienen, wenn sie pflegende Angehörige anstellen können, munter mit. Branchenkenner reden von Millionenengewinnen, die zumindest

die grossen Firmen inzwischen einstreichen.

EVP-Kantonsrat André Wyss wird aktiv

Diesem Geschäftsmodell soll nun der Riegel geschoben werden. André Wyss (EVP, Rohr) hat im Kantonsrat einen entsprechenden Vorstoss eingereicht. Dass pflegende Angehörige für ihre Arbeit, die sonst die Allgemeinheit erbringen und finanzieren müsste, unterstützt werden, sei an sich begrüssenswert. «Störend ist es aber dann, wenn Spitex-Organisationen damit Geld verdienen (können)», schreibt er in seinem Auftrag. Als nächstes wird die Regierung

Stellung beziehen, das letzte Wort hat der Kantonsrat.

Gemeinden sollen weniger bezahlen müssen

Der Spitex-Tarif, nach dem pflegende Angehörige abrechnen dürfen, setzt sich aus drei Teilen zusammen. Ein Teil wird von den Krankenkassen bezahlt (53 Franken), ein Teil von der Patientin oder dem Patienten (12) und ein Teil von den Gemeinden (27). Konkret fordert Wyss nun, dass der Anteil der Gemeinden gesenkt werden kann, wenn die Pflegeleistung durch eine pflegende Angehörige erbracht wird. Das lässt die aktuelle Gesetzeslage nämlich gar nicht zu.